

**Videokonferenz i. R. d. 95. Konferenz der Ministerinnen/Minister  
und Senatorinnen/Senatoren für Gesundheit der Länder (GMK) mit  
Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach**

**Beschluss vom 22.01.2022**

**Einheitliches Vorgehen bei der  
stärkeren Priorisierung der  
Kontaktpersonennachverfolgung**

**Beschluss:**

Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Gesundheit der Länder fassen folgenden Beschluss:

Eine länderübergreifend einheitliche Ausrichtung der Kontaktpersonennachverfolgung zur optimalen Nutzung der Ressourcen ist mit Blick auf die aktuelle Infektionswelle durch Omikron erforderlich.

Im Sinne der RKI-Priorisierungskriterien vereinbaren die Länder, dass die zuständigen Behörden - neben der Kontaktaufnahme zu den infizierten Personen zur Fallbearbeitung sowie zu deren Haushaltsangehörigen - mit höchster Priorität die Nachverfolgung zum Schutz vulnerabler Gruppen (d.h. Ereignisse mit Bezug zu den Bereichen Krankenhaus, in der Pflege und Einrichtungen der Eingliederungshilfe) durchführen. Eine weitere Kontaktpersonennachverfolgung erfolgt nachrangig im Rahmen verfügbarer Ressourcen.

**Begründung:**

Die Mitglieder des Expertenrats der Bundesregierung zu COVID-19 gehen davon aus, dass die Omikron-Variante auch in Deutschland kurzfristig und flächendeckend aufgrund ihrer besonderen Eigenschaften dazu führen wird, dass die Infektionszahlen weiter und deutlich über das bisherige Maß hinaus ansteigen. Neben den von Bund und Ländern beschlossenen Anpassungen der Quarantäne- und Isolierungsregelungen vom 7. Januar 2022 sollte deshalb auch die Kontaktpersonennachverfolgung strategisch bundeseinheitlich neu ausgerichtet

werden. Denn obwohl das RKI bereits Priorisierungskriterien auf seiner Internetseite bereitstellt, besteht in der Öffentlichkeit weiterhin weitestgehend die Erwartung, als Kontaktperson umgehend durch die zuständige Behörde kontaktiert zu werden. Erfolgt dies nicht, führt dies zu Unverständnis und einem schwindenden Vertrauen in den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) und die politisch Verantwortlichen.

Insofern ist eine länderübergreifend einheitliche Ausrichtung der Kontaktpersonennachverfolgung auf vulnerable Gruppen zur optimalen Nutzung der Ressourcen mit Blick auf die Infektionswelle durch Omikron notwendig. Deutlich kommuniziert wird damit auch gegenüber der Öffentlichkeit, dass weitere Kontaktpersonen bei hohen Fallzahlen und entsprechender Arbeitsbelastung in der Regel mit deutlichem Zeitverzug oder nicht mehr durch die zuständigen Behörden kontaktiert werden können. Dies ermöglicht es, ein eigenverantwortliches Verhalten von Bürgerinnen und Bürgern stärker in den Vordergrund zu rücken.

**Votum:** 16:0:0